

BUNDESGERICHTSHOF

IX 75 219/79

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Georg S. [REDACTED],

Minister H. [REDACTED], G. [REDACTED]/I. [REDACTED],

- Prozeßbevollmächtigter:

Kläger und Beschwerdeführer,

Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],

[REDACTED] -

gegen

Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch das Ministerium der Finanzen,

Kaiser-F. [REDACTED]-Straße 2, M. [REDACTED].

Beklagten und Beschwerdegegner

Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 SGG) liegen nicht vor.

In einem dasals vor dem Bezirksamt für Wiedergutmachung in Koblenz schwebenden Verfahren auf Entschädigung für Schaden am Körper oder Gesundheit, in dem der Antrag noch nicht erläutert worden war, reichte der Kläger als Beigeladenen vom 30. März 1967, gerichtet an das Bezirksamt für Wiedergutmachung in Koblenz, die zur Substantiierung erforderlichen Unterlagen am 31. März 1967 bei dem Bezirksamt für Wiedergutmachung in Mainz ein. Die Entscheidung des Berufungsgerichts, das dasals dem Erfordernis der §§ 190 a Abs. 1, 190 Nr. 1 bis 4 BGG nicht genügt wurde, entspricht

132

- 3 -

der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
(vgl. RzW 1978, 229). Ungeklärte Rechtsfragen wirft
sie nicht auf.

Mai

Pertmann

